

Schriften zur Rechtsgeschichte

Band 180

Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Von

Oskar Vurgun



Duncker & Humblot · Berlin

OSKAR VURGUN

Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Schriften zur Rechtsgeschichte

Band 180

Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Von
Oskar Vurgun



Duncker & Humblot · Berlin

Die Drucklegung erfolgte mit freundlicher Unterstützung
durch den Landschaftsverband Rheinland



Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Paris-Lodron Universität Salzburg
hat diese Arbeit im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0720-7379
ISBN 978-3-428-15182-0 (Print)
ISBN 978-3-428-55182-8 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85182-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinem Vater Ercan Vurgun (†)

Es vergeht kein Tag,
an dem ich nicht an Dich denke.

Geleitwort

Juristische Veröffentlichungen, die sich mit Fragen der Justiz des nationalsozialistischen Deutschlands befassen, sind zwischenzeitlich in einer beachtlichen Anzahl erschienen. Thematische Schwerpunkte bilden ganz überwiegend Rechtsprechung und Richterschaft, insbesondere auf dem Feld der Strafjustiz. So widmen sich zahlreiche Arbeiten der Urteilspraxis diverser Sondergerichte und der Biographie der betreffenden Richter, während die diesbezügliche Arbeit der Staatsanwaltschaften und die Lebens- und Berufswege der zuständigen Staatsanwälte vielfach nur am Rande erörtert werden. Die vorliegende Publikation, die als Dissertation entstanden ist, betritt dagegen gewissermaßen Neuland, indem sie die Arbeit einer konkreten Staatsanwaltschaft und die beruflichen Wege der dort handelnden Staatsanwälte als Untersuchungsgegenstände wählt, die im Detail und unter Nutzung aller heute verfügbaren Quellen durchleuchtet werden. Forschungsobjekt ist die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen, das 1941 errichtet worden war. Inhaltlich geht es folglich vor allem um das Kriegsstrafrecht in seinen Auswüchsen. Der Verfasser hat dabei nicht nur alle noch vorhandenen Verfahrensakten gesichtet und ausgewertet, die mit 680 Einzelverfahren etwa 70% des geschätzten Gesamtbestandes ausmachen; er hat auch in erheblichem Umfang weitere Primärquellen herangezogen, wie das Quellenverzeichnis und der Anmerkungsapparat zeigen, vor allem aber die fakten-gesättigte Untersuchung eindrucksvoll belegt. Die breite Quellenbasis, die sich auch im Umfang der Arbeit dokumentiert (618 Textseiten sowie zahlreiche Tabellen und Abbildungen), untermauert die getroffenen Aussagen in ihrer Werthaltigkeit.

Die Forschungsfragen, die sich der Autor gestellt hat, basieren auf dem Verständnis der Staatsanwaltschaft im Dritten Reich als eines unmittelbaren Organs der politischen Führung (Georg Dahm). Für die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen untersucht die Arbeit, inwieweit eine Instrumentalisierung als politische Steuerungsinstanz im Arbeitsalltag stattgefunden hat, die gegebenenfalls auch als politische Selbstinstrumentalisierung einzuordnen ist. Maßgebende Gesichtspunkte sind die Auswirkungen der einschlägigen Gesetzgebung, die politische Zuverlässigkeit der agierenden Staatsanwälte, das Zusammenspiel mit den vorgesetzten Behörden und dem Sondergericht sowie die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft.

Die Beantwortung der Fragen basiert auf besonders gründlichen Recherchen und sorgfältig differenzierenden Bewertungen. Hervorzuheben ist dabei die Darstellung der beruflichen Tätigkeit der betroffenen Staatsanwälte. In ihrem Rahmen werden die einzelnen Verfahren dem jeweiligen Sachbearbeiter zugeordnet und dessen Verfahrensbearbeitung – soweit möglich – im Detail untersucht, was einen tiefer gehenden Einblick in das Rollenverständnis der fraglichen Staatsanwälte ermöglicht. Ebenso erhellend ist die umfassende Analyse der Verfahren, in denen die besonderen Rechtsmittel des NS-Strafprozessrechts (Außerordentlicher Einspruch und Nichtigkeitsbeschwerde) erwogen oder tatsächlich eingesetzt wurden, sowie derjenigen, in denen Todesurteile ergingen.

Die Aufbereitung des umfangreichen Stoffs erfolgt in nur zwei Hauptteilen, die aber jeweils mit detaillierten Untergliederungen versehen sind, was inhaltlich dem Leser die Orientierung erleichtert und es ihm darüber hinaus erlaubt, bei der Lektüre ohne Weiteres eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Dissertation, die mit zwei Preisen ausgezeichnet wurde, kann daher auch als ein rechtshistorisches Sachbuch verstanden werden, das dem Leser zu einzelnen Stichworten und Themenbereichen vertiefte Informationen bietet. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass ein renommierter Verlag diese Arbeit in sein Programm aufgenommen hat.

Gerhard Fieberg
Präsident des Bundesamts für Justiz a. D.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2014 von der Universität Salzburg als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dr. Gerhard Ammerer für das enge Betreuungsverhältnis, seinen persönlichen Einsatz und das aufrichtige Interesse an der Arbeit, welches Ansporn für mich war.

In gleichem Maße danke ich Herrn Prof. Dr. Alfred Rinnerthaler, der die Arbeit betreute, stets konstruktive Impulse gab, mich auf Fördermöglichkeiten aufmerksam machte und damit wesentlich zum Erfolg der Dissertation – auch über die Veröffentlichung hinaus – beitrug.

Mit der von Professionalität und Warmherzigkeit geprägten Betreuung trugen beide Herren maßgeblich zu meiner akademischen Prägung und stets währenden, inneren Verbundenheit zur Universität Salzburg bei.

Danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Gerald Kohl für die Übernahme der Begutachtung der Arbeit sowie die Möglichkeit, bis heute am wissenschaftlichen Austausch um die Rolle der Staatsanwaltschaft im rechtshistorischen Kontext teilnehmen zu können.

Danken möchte ich der Universität Salzburg und ihrem Rektor, Herrn Prof. Dr. Heinrich Schmidinger, für die finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung.

Für die Gewährung eines Druckkostenstipendiums danke ich dem Landschaftsverband Rheinland und seiner Direktorin, Frau Ulrike Lubek, sowie dem Leiter des Fachbereiches für regionale Kulturarbeit a.D., Herrn Dr. Norbert Kühn.

Für die Verleihung des Irma Rosenberg-Preises für die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus danke ich Frau Prof. Dr. Sybille Steinbacher vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, dem Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Herrn Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Herrn Bundesminister Reinhold Mitterlehner sowie der Leiterin der Kulturabteilung der Stadt Wien, Frau Anita Zemlyak.

Der Regierungspräsidentin des Regierungsbezirks Köln, Frau Gisela Walsken, dem Leiter des Historischen Instituts der RWTH Aachen, Herrn Prof. Dr. Dr. Armin Heinen, Herrn Prof. Dr. Frank Pohle und dem Präsidenten des AKV Aachen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Werner Pfeil, danke ich für die Verleihung des Helmut A. Crous-Geschichtspreises der Region Aachen.

Da die Arbeit zu einem großen Teil von Archivarbeit geprägt war, danke ich allen Mitarbeitern des Landesarchivs NRW sowie dessen Leiter, Herrn Dr. Frank Bischoff, sowie Herrn Maik Rost, der sich dafür einsetzte, mir alle erforderlichen Aktenstücke zur Verfügung zu stellen. Mein Dank gilt den Mitarbeitern des Bundesarchivs der Zweigstelle Berlin-Lichterfelde und dessen Leiter, Herrn Dr. Michael Hollmann, sowie den Mitarbeitern und dem Direktor des Landesarchivs Berlin, Herrn Uwe Schaper.

Dem Leitenden Rechtsberater der Streitkräftebasis im Bundesministerium der Verteidigung a.D., Herrn Direktor a.D. Dr. Alexander Poretschkin, danke ich für meine erste wissenschaftliche Veröffentlichung und seinen persönlichen Einsatz um meine Person zu Beginn der Dissertation.

Danken möchte ich dem Präsidenten des Bundesamtes für Justiz a. D., Herrn Gerhard Fieberg, für inspirierende Gespräche und Einblicke in die rechtshistorische Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch die Bundesrepublik Deutschland.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Freund, Herrn Rechtsanwalt Dr. Thomas Bichat, für den fachlichen Austausch und unsere stets währende Freundschaft und Verbundenheit zueinander.

Ich danke meinem Freund Herrn Christopher Ross, der mit großem Fleiß die Korrekturlektüre der Arbeit vorgenommen hat. Meinem Freund Guido Schmitz danke ich für die IT-Unterstützung, insbesondere für die Konzipierung der Datenbank, die der Arbeit zugrunde liegt.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Ministerialrat Heinz-Ulrich Lüttger, Frau Rechtsanwältin Gabriele Lüttger und Frau Christine Lüttger für die Ermöglichung meines Forschungsaufenthalts in Berlin, die Korrekturlektüre, den fachlichen Austausch und die gemeinsame Zeit.

Ich danke meiner Großmutter Frau Marga Scheins, die als Aachenerin und Zeitzeugin den Krieg miterlebte, für ihre Erzählungen und Erinnerungen an ihren Bruder, Herrn Siegfried Müller, der als Soldat an der Ostfront sein Leben ließ.

Mein Dank gilt meiner Mutter, Frau Sixta Vurgun, für ihre Liebe, finanzielle Unterstützung während meiner gesamten akademischen Ausbildung und Vorbildfunktion, die sie nach dem Tod meines Vaters alleine ausgefüllt hat.

Ich danke meinem verstorbenen Vater, der in Gedanken und meinem Herzen stets bei mir ist, für seine Liebe, sein Wesen und Charisma, die mich jeden Tag motivieren und inspirieren.

Potsdam, im März 2017

Oskar G. Vurgun

Inhaltsübersicht

A. Einleitung	31
I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung	33
II. Forschungsstand	34
III. Forschungsfragen	39
IV. Gang der Darstellung	39
V. Quellenlage und Quellenwert	40
B. Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen und ihre Rolle im Justizverwaltungsapparat	45
I. Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen der staatsanwalt- schaftlichen Arbeitspraxis am Standort Aachen	45
II. Die strafrechtliche Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Staats- anwaltschaft	79
III. Die Personalpflege auf Reichsebene und ihre Umsetzung und Auswirkung bei der Staatsanwaltschaft Aachen	159
IV. Die vorgesetzten Dienstbehörden der Staatsanwaltschaft Aachen – Akteure und Lenkungsinstrumente	231
C. Die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen, dargestellt anhand der Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen	294
I. Ermittlungs- und Anklagepraxis	294
II. Strafvollstreckungs- und Gnadenpraxis	447
III. Weitere Entwicklung der Staatsanwaltschaft	486
D. Zusammenfassung	499
Anhang	504
Literaturverzeichnis	595
Quellenverzeichnis	611
Stichwortverzeichnis	616

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	31
I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung	33
II. Forschungsstand	34
III. Forschungsfragen	39
IV. Gang der Darstellung	39
V. Quellenlage und Quellenwert	40
B. Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen und ihre Rolle im Justizverwaltungsapparat	45
I. Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen der staatsanwaltschaftlichen Arbeitspraxis am Standort Aachen	45
1. Rechtliche Rahmenbedingungen	45
a) Nationalsozialistische Rechtsideologie	45
aa) Das Führerprinzip	45
bb) Das Prinzip der Volksgemeinschaft	47
b) Die intendierte Stellung der Staatsanwaltschaft im NS-Regime ..	50
c) Grundlagen nationalsozialistischer Gesetzgebung	52
aa) Formelle Gesetzgebung	52
bb) Materielle Gesetzgebung	56
2. Faktische Rahmenbedingungen	57
a) Die fingierte „Justizkrise“ – Gründe, Urheber und Auswirkungen	57
b) Der Einfluss des Krieges auf den Standort Aachen	61
aa) Eckdaten zum Kriegsverlauf in Aachen	61
bb) Bedeutung des Krieges für die Behördenorganisation	63
cc) Der Kriegseinfluss auf die Bevölkerung und Konsequenzen für die Arbeit der Staatsanwaltschaft	67
(1) Kriegsbedingte Zerstörungen	67
(2) Versorgungslage	70
(3) Das Zusammenleben mit ausländischen und jüdischen Menschen	72
c) Die staatsanwaltschaftliche Wirkungsstätte: Das Sondergericht Aachen	74
aa) Die Entwicklung der Sondergerichtsbarkeit bis 1933	74
bb) Errichtung und Personal des Sondergerichts Aachen	77
cc) Überlieferter Geschäftsanfall	78
II. Die strafrechtliche Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Staatsanwaltschaft	79

1. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des materiellen Strafrechts	80
2. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des formellen Strafrechts	82
a) Abschaffung des Analogieverbots	82
b) Gerichtliche Voruntersuchung	84
c) Durchbrechung des Legalitätsprinzips	85
d) Weitere Änderungen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens	89
e) Zugang zum Sondergericht durch Wahlzuständigkeit	91
f) Besondere Rechtsmittel – der außerordentliche Einspruch	97
aa) Entstehung, Anwendungsbereich und abstrakte Relevanz . . .	97
bb) Konkrete Relevanz des außerordentlichen Einspruchs für die Staatsanwaltschaft Aachen	100
cc) Schlussfolgerung	108
g) Besondere Rechtsmittel – die Nichtigkeitsbeschwerde	110
aa) Entstehung, Anwendungsbereich und abstrakte Relevanz . . .	110
bb) Konkrete Relevanz der Nichtigkeitsbeschwerde für die Staatsanwaltschaft Aachen	115
(1) Die Fälle erwogener Nichtigkeitsbeschwerden	116
(a) Fall 1	116
(b) Fall 2	119
(c) Fall 3	121
(2) Die Fälle angeregter Nichtigkeitsbeschwerden	122
(a) Fall 4	122
(b) Fall 5	124
(c) Fall 6	126
(3) Die Fälle eingelegter Nichtigkeitsbeschwerden	128
(a) Fall 7	128
(b) Fall 8	130
(4) Die Fälle erfolgreicher Nichtigkeitsbeschwerden	132
(a) Fall 9	132
(b) Fall 10	134
(c) Fall 11	136
(d) Fall 12	137
(e) Fall 13	139
(f) Fall 14	141
(g) Fall 15	144
(h) Fall 16	146
cc) Schlussfolgerung	148
h) Strafvollstreckung und Begnadigung	156
3. Schlussfolgerung	157
III. Die Personalpflege auf Reichsebene und ihre Umsetzung und Auswir- kung bei der Staatsanwaltschaft Aachen	159
1. Personalpflege auf Reichsebene: Personelle „Reinigung“ der Justiz- verwaltung und Personalpolitik im NS-Regime	161

a)	Die Reformation des Beamtenapparates und ihre gesetzlichen Grundlagen	161
b)	Einwirkungen der NSDAP auf dem Personalsektor – der Staatsanwalt zwischen Staatstreue und Parteitreue	164
c)	Die Mitgliedschaft in der Partei als Voraussetzung für die Beamtenlaufbahn	170
2.	Die Umsetzung der Personalpflege auf Bezirksebene: Aufbau und Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen	173
a)	Einordnung und Aufbau der Staatsanwaltschaft Aachen im Gefüge der Justizverwaltung	173
b)	Die Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen und ihre politische Instrumentalisierung	175
aa)	Die Definition des Begriffs der „politischen Selbstinstrumentalisierung“	176
bb)	Die Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen	179
(1)	LOStA Karl Friedrich Hans Führer	179
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	179
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	183
(2)	ESTa Carl Ackermann	188
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	188
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	191
(3)	Dezernatsleiter für Sondergerichtssachen: StA Dr. Konrad Bruno Höher	195
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	195
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	197
(4)	StA Rolf Venator	202
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	202
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	203
(5)	StA Dr. Gerhard Marx	205
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	205
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	207
(6)	StA Hans Wickmann	210
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	210
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	212
(7)	StA Paul Friedrich Wilhelm Zimmerath	215
(a)	Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität	215
(b)	Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht	217
c)	Schlussfolgerung	224

3. Schlussfolgerung	228
IV. Die vorgesetzten Dienstbehörden der Staatsanwaltschaft Aachen – Akteure und Lenkungsinstrumente	231
1. Die oberste Justizbehörde: Das Reichsjustizministerium in Berlin ..	234
a) Behördlicher Aufbau und sachliche Zuständigkeit	234
b) Relevante Akteure	236
aa) Staatssekretär Dr. Dr. hc Franz Schlegelberger	236
bb) Reichsminister Dr. Otto Georg Thierack	240
cc) Staatssekretär Dr. Roland Freisler	244
dd) Staatssekretär Dr. Curt Ferdinand Rothenberger	247
ee) Staatssekretär Herbert Klemm	249
ff) Ministerialrat Karl Günther Joel	250
c) Die ministeriellen Lenkungsinstrumente und ihre Bedeutung für die Staatsanwaltschaft Aachen	250
aa) Mitteilungs- und Berichtspflichten an das Reichsjustizmini- sterium	250
bb) Verpflichtung zur Erstattung politischer Lageberichte	258
cc) Einzelweisungen des Reichsjustizministeriums an die Staats- anwaltschaft Aachen	262
dd) Weitere Arten von Verwaltungsbestimmungen mit Bindungs- wirkung für die Staatsanwaltschaft – Richtlinien, Rundver- fügungen und Allgemeinverfügungen	269
ee) Besprechungen und Tagungen	273
2. Die Generalstaatsanwaltschaft Köln – Bindeglied zwischen Reichs- justizministerium und Staatsanwaltschaft Aachen	275
a) Stellung und sachliche Zuständigkeit	275
b) Relevante Akteure	277
aa) OStA Dr. Dr. Otto Osterkamp	277
bb) GStA Willy Rahmel	279
cc) Sonderreferent bei der Generalstaatsanwaltschaft: EStA Arnold	282
c) Lenkungsinstrumente auf Provinzialebene und ihre Bedeutung für die Staatsanwaltschaft Aachen	283
aa) Berichts- und Mitteilungspflichten an den Generalstaats- anwalt	283
bb) Politische Lageberichte an die Generalstaatsanwaltschaft ..	284
cc) Einzelweisungen der Generalstaatsanwaltschaft	288
3. Schlussfolgerung	290
C. Die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen, dargestellt anhand der Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen	294
I. Ermittlungs- und Anklagepraxis	294
1. Die Ermittlungs- und Anklagepraxis im Lichte der jeweiligen Deliktgruppen	295

a) Delikte nach dem Heimtückegesetz (HG).....	295
aa) Anwendungsbereich	295
(1) § 1 HG	296
(2) § 2 HG	297
cc) Ermittlungsspezifische Besonderheiten	301
dd) Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegenüberstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß ...	305
b) Delikte nach der Kriegswirtschaftsverordnung (KrWVO)	305
aa) Anwendungsbereich	305
(1) § 1 Abs. 1 KrWVO	306
(2) Sonstiger Anwendungsbereich der KrWVO	313
bb) Ermittlungsspezifische Besonderheiten	314
cc) Anklagespezifische Besonderheiten	315
dd) Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegenüberstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß ...	317
c) Delikte nach der Volksschädlingsverordnung (VVO).....	318
aa) Anwendungsbereich	318
(1) Systematische Einordnung der §§ 2 und 4 VVO	320
(2) Anwendungsbereich des § 2 VVO	324
(a) Taugliche „Grunddelikte“	324
(b) Ausnutzung von Fliegerabwehrmaßnahmen	325
(c) Voraussetzung des Tätertypen als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal	330
(3) § 4 VVO	334
(a) Die „sonstige Straftat“ als „Grunddelikt“	334
(b) Die Ausnutzung „außergewöhnlicher Verhältnisse“ ..	336
(c) Die Verwerflichkeitsklausel	339
bb) Anklagespezifische Besonderheiten	342
cc) Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegenüberstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß ...	343
d) Delikte nach der Rundfunkverordnung (RundfunkVO)	344
aa) Anwendungsbereich	344
(1) § 1 RundfunkVO	345
(2) § 2 RundfunkVO	347
bb) Ermittlungsspezifische Besonderheiten	350
cc) Anklagespezifische Besonderheiten	353
dd) Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegenüberstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß ...	354
2. Die Ermittlungs- und Anklagepraxis im Lichte unterschiedlicher Personengruppen	355
a) Die Ermittlungspraxis gegen den Sonderreferenten der Generalstaatsanwaltschaft	355
b) Ermittlungs- und Anklagepraxis gegen Angehörige der NSDAP	357

aa)	Verfahren gegen führende Persönlichkeiten der NSDAP auf Provinzialebene	357
bb)	Verfahren gegen sonstige Angehörige der NSDAP	362
c)	Verfahrenspraxis bei Ausländern	368
3.	Verfahrenspraxis bei Todesurteilen	374
a)	Der Fall Raymond D.	379
aa)	Täterprofil	379
bb)	Sachverhalt	379
cc)	Spruchpraxis	380
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	380
b)	Der Fall Josef K.	382
aa)	Täterprofil	382
bb)	Sachverhalt	383
cc)	Spruchpraxis	383
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	384
c)	Der Fall Wilhelm M.	386
aa)	Täterprofil	386
bb)	Sachverhalt	387
cc)	Spruchpraxis	387
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	388
d)	Der Fall Philipp L.	390
aa)	Täterprofil	390
bb)	Sachverhalt	390
cc)	Spruchpraxis	391
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	392
e)	Der Fall Hubert B.	393
aa)	Täterprofil	393
bb)	Sachverhalt	394
cc)	Spruchpraxis	395
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	396
f)	Der Fall Wilhelm O.	397
aa)	Täterprofil	397
bb)	Sachverhalt	398
cc)	Spruchpraxis	398
dd)	Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	400
g)	Der Fall Heinrich W.	402
aa)	Täterprofil	402

bb) Sachverhalt	402
cc) Spruchpraxis	403
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	404
h) Der Fall Hans K.	405
aa) Täterprofil	405
bb) Sachverhalt	406
cc) Spruchpraxis	407
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	407
i) Der Fall Paul S.	411
aa) Täterprofil	411
bb) Sachverhalt	412
cc) Spruchpraxis	413
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	415
j) Der Fall Wilhelm L., Albert L., Heinrich H. und Karl S.	420
aa) Täterprofile	420
bb) Sachverhalt	421
cc) Spruchpraxis	421
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	422
k) Der Fall Mathias P.	423
aa) Täterprofil	423
bb) Sachverhalt	424
cc) Spruchpraxis	424
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwaltschaft	425
5. Auswirkungen der VereinfachungsVO vom 29. Mai 1943 für die Ermittlungs- und Anklagepraxis	426
6. Fachärztliche Begutachtungen des Geisteszustandes	427
a) Voraussetzungen und staatsanwaltschaftliche Intention	428
b) Aufbau und inhaltliche Ausgestaltung der Gutachten	429
c) Prozessuale Relevanz und Bindungswirkung der Gutachten	431
7. Verfahrenseinstellungen, Verwarnungen und Freisprechungsanträge – Motive und Ursachen	434
8. Schlussfolgerungen	438
II. Strafvollstreckungs- und Gnadenpraxis	447
1. Grundlagen zum Strafvollzug	447
a) Ideologische Grundlagen des Strafvollzugs seit der Machtübernahme	447
b) Zielrichtungen und normative Entwicklung des Strafvollzugs von der Weimarer Republik bis zur Strafvollzugsordnung vom 22. Juli 1940	449

aa) Reichsratsgrundsätze vom 7. Juni 1923	449
bb) Strafvollzugsordnung vom 14. Mai 1934	450
cc) Strafvollzugsordnung vom 22. Juli 1940	452
2. Vollstreckungspraxis bei Urteilen des Sondergerichts Aachen	454
a) Aufgaben der Staatsanwaltschaft als Strafvollstreckungsbehörde	454
b) Vollstreckungsorte	457
c) Durchführung und Statistik	458
aa) Geldstrafen	458
bb) Freiheitsstrafen	459
(1) Gefängnisstrafen	459
(2) Zuchthausstrafen	460
(3) Lagervollzug	461
cc) Vollstreckung von Todesstrafen	463
(1) Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen	463
(2) Konkreter Verfahrensablauf	467
3. Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen	471
a) Normative Rahmenbedingungen des Gnadenverfahrens	471
b) Umsetzung durch die Staatsanwaltschaft Aachen	474
aa) Bedingte Strafaussetzung	474
(1) Privilegierte Personen- und Berufsgruppen	475
(2) Auflagen und Bedingungen	478
bb) „Bewährung an der Front“	478
cc) Bedeutung von Stellungnahmen der NSDAP	480
dd) Gnadenpraxis in Zahlen	481
4. Schlussfolgerung	483
III. Weitere Entwicklung der Staatsanwaltschaft	486
1. Kriegsverlauf und Konsequenzen für die Staatsanwaltschaft	486
2. Zukunft der Staatsanwälte nach Kriegsende	487
3. Vorwürfe in der Nachkriegszeit	495
D. Zusammenfassung	499
Anhang	504
Literaturverzeichnis	595
Quellenverzeichnis	611
Stichwortverzeichnis	616

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Anträge und Entscheidungen zu den Angeklagten, die Gegenstand des außerordentlichen Einspruchs waren	102
Tabelle 2:	Anzahl eingeleger Nichtigkeitsbeschwerden in den Geschäftsjahren 1941–1945	115
Tabelle 3:	Ausgang und Merkmale von Verfahren vor dem Sondergericht Aachen, die im Zusammenhang mit Nichtigkeitsbeschwerden stehen	149
Tabelle 4:	Sitzungsvertretungen des LOStA Führer	183
Tabelle 5:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch LOStA Führer	184
Tabelle 6:	Sitzungsvertretungen des EStA Ackermann	191
Tabelle 7:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch EStA Ackermann, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen	192
Tabelle 8:	Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Höher, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen und antragsgemäßen Urteilen	197
Tabelle 9:	Sitzungsvertretungen des StA Venator	203
Tabelle 10:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Venator, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen	204
Tabelle 11:	Anzahl der Sitzungsvertretungen des StA Marx, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen und antragsgemäßen Urteilen	207
Tabelle 12:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Marx, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen	208
Tabelle 13:	Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Wickmann, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen und antragsgemäßen Urteilen	212
Tabelle 14:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Wickmann, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen	213
Tabelle 15:	Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Zimmerath, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen und antragsgemäßen Urteilen	217
Tabelle 16:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Zimmerath, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen	219
Tabelle 17:	Gegenüberstellung durchschnittlich beantragter und verhängter Freiheitsstrafen gegen Parteimitglieder und die Gesamtheit aller Angeklagten	366

Tabelle 18:	Vergleich der durchschnittlichen Höhe der Strafanträge in Monaten, nach Deliktgruppen, Angeklagtengruppen und Straftat	373
Tabelle 19:	Verfahren mit anschließendem Todesurteil	375
Tabelle 20:	Anzahl dokumentierter Todesurteile durch Sondergerichte im Rheinland und in Westfalen	377
Tabelle 21:	Verfahren, in denen fachärztliche Gutachten eingeholt wurden	432
Tabelle 22:	Verfahrensanzahl beantragter Freisprüche, forcierter Einstellungen sowie Verwarnungen	436
Tabelle 23:	Verfahrensverteilung über die Jahre 1941–1945 nach Vergehen und Verbrechen	504
Tabelle 24:	Gesamtverteilung der einzelnen Delikte nach Anzahl und Prozentpunkten	505
Tabelle 25:	NS-Verfahrenssignaturen mit jeweils höchster fortlaufender Nummer pro Jahr, unterteilt in Vergehen und Verbrechen	508
Tabelle 26:	Eingelegte Nichtigkeitsbeschwerden beim dritten Strafsenat des Reichsgerichts aus der Sphäre der StA Aachen	509
Tabelle 27:	Synopse der Strafen im Ausgangsverfahren und Korrekturverfahren von erfolgreich eingelegten Nichtigkeitsbeschwerden	509
Tabelle 28:	Sondergerichtsverfahren, in denen das Gerichtsurteil vom beantragten Strafmaß zuungunsten der Angeklagten abwich	510
Tabelle 29:	Durchschnittliche Strafhöhe verhängter Freiheitsstrafen, dargestellt anhand der jeweiligen Deliktgruppen	513
Tabelle 30:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Höher nach Deliktgruppen	514
Tabelle 31:	Heimtückeverfahren bei Sitzungsververtretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen	514
Tabelle 32:	Verstöße gegen die KrWVO bei Sitzungsververtretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen	515
Tabelle 33:	Verstöße gegen die VVO bei Sitzungsververtretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen	517
Tabelle 34:	Verstöße gegen die RundfunkVO bei Sitzungsververtretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen	518
Tabelle 35:	Anzahl der Sitzungsververtretungen aller Staatsanwälte nach Deliktgruppen	518
Tabelle 36:	Beantragtes und verhängtes Strafmaß in Verfahren gegen Mitglieder der NSDAP bei Sitzungsververtretung durch StA Zimmerath nach Deliktgruppen	520
Tabelle 37:	Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Zimmerath bei Mitgliedern der NSDAP nach Deliktgruppen	523
Tabelle 38:	Vertikale Behördenstruktur des RJM, Stand von April 1941	524

Tabelle 39: Sachliche Zuständigkeit und Referatsleiter der Abteilung III nachgeordneten Referate	526
Tabelle 40: Die Sachreferate der Abteilung III unterstellten Unterabteilungen	527
Tabelle 41: Vertikale Behördenstruktur des RJM ab der Übernahme Thieracks im August 1942	528
Tabelle 42: Sondergerichtsverfahren, die im Rahmen der ministeriellen Berichtspflicht als „mild“ bezeichnet wurden	529
Tabelle 43: Erfolgte Verfahrensberichte der StA Aachen an das Sonderreferat nach Deliktgruppen	531
Tabelle 44: Fundstellen zu Verstößen gegen das Sammlungsgesetz von Geistlichen, die vor dem AG Aachen im Ordnungswege erledigt wurden	534
Tabelle 45: Vorsitzende Richter und jeweilig anteilige Verfahrenszahl beim Sondergericht	534
Tabelle 46: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in Heimtückeverfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	536
Tabelle 47: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in KrWVO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	537
Tabelle 48: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in VVO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	538
Tabelle 49: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in RundfunkVO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	539
Tabelle 50: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß gegen Mitglieder der NSDAP nach Deliktgruppen, personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	540
Tabelle 51: Verfahren gegen Ausländer nach Delikten, Nationalitäten, Angeklagtenzahl und Verfahrenszahl	541
Tabelle 52: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß gegen ausländische Angeklagte nach Deliktgruppen, personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	543
Tabelle 53: Verfahren, in denen fachärztliche Gutachten eingeholt wurden . . .	544
Tabelle 54: Anzahl beantragter Freisprüche in Verfahren gegen ausländische Staatsangehörige	546
Tabelle 55: Inhaltliche Änderungen des Vollzugsplans für die StA Aachen durch den GStA in Köln im Zeitraum von 1942–1943 nach Datum der Verfügung und geändertem Inhalt	547

Tabelle 56: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß nach sämtlich relevanten Deliktsgruppen, Summe der Strafen in Monaten, Anzahl der Strafen und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	550
Tabelle 57: Verteilung der verurteilten Personen auf die jeweiligen Vollzugsstandorte	552

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Diagramm zur anteiligen Verfahrensverteilung auf die jeweiligen Vorsitzenden Richter, aufgeschlüsselt nach Namen	78
Abbildung 2:	Diagramm zum Vergleich der beantragten Strafhöhe bezüglich der allgemeinen Angeklagtengruppe gegenüber Mitgliedern der NSDAP und dem durchschnittlich verhängten Strafmaß des Sondergerichts bei der allgemeinen Angeklagtengruppe durch StA Zimmerath	220
Abbildung 3:	Diagramm zur durchschnittlichen Höhe verhängter und beantragter Freiheitsstrafen in Monaten, aufgeschlüsselt nach Deliktgruppen und Staatsanwälten	225
Abbildung 4:	Diagramm zur prozentualen Verteilung erfolgter Berichte auf die jeweiligen Deliktgruppen	257
Abbildung 5:	Diagramm zur Verhältnisverteilung der Nationalitäten ausländischer Angeklagter vor dem Sondergericht Aachen	369
Abbildung 6:	Diagramm zur verhältnismäßigen Verteilung erteilter Gnaden-gewähren auf die jeweiligen Deliktgruppen unter Zugrundelegung der gesamten Verfahrenszahl	481
Abbildung 7:	Diagramm zur Verfahrensverteilung des Sondergerichts Aachen über die Jahre 1941–1945 in %, differenziert nach Vergehen und Verbrechen	505
Abbildung 8:	Diagramm zur prozentualen Verhältnisverteilung der jeweiligen Deliktgruppen	508
Abbildung 9:	Diagramm zum prozentualen Anteil getätigter Sitzungsver-tretungen, dargestellt anhand der jeweiligen Staatsanwälte	519
Abbildung 10:	Diagramm zur Anzahl getätigter Sitzungsververtretungen, aufge-schlüsselt in Deliktgruppen und Staatsanwälte	519
Abbildung 11:	Fragebogen des LOStA Führer zur Person	554
Abbildung 12:	Anzeige des LOStA Führer zum Kirchenaustritt	558
Abbildung 13:	Durchsuchungsbericht der Gestapo nach Beschlagnahme eines Radios	559
Abbildung 14:	Deckblatt der Ermittlungsakte nach Einlieferungsanzeige bei der Gestapo	560
Abbildung 15:	Personalbogen eines Beschuldigten im Ermittlungsverfahren . .	561

Abbildung 16:	Aktendeckel einer sondergerichtlichen Verfahrensakte mit dem Vermerk „Ausländer“	565
Abbildung 17:	Aufruf an Bauern und Landwirte zur Abgabe von Getreide ..	566
Abbildung 18:	Anweisung des LOStA an die Kriminalpolizei zur Angabe von Informationen zur Täterpersönlichkeit	567
Abbildung 19:	Blankoformular eines Fragebogens zur Abstammung für die StA	568
Abbildung 20:	Schreiben des GStA an den LOStA bezüglich erforderlicher Angaben zur Erbringung des Nachweises arischer Abstammung	570
Abbildung 21:	Brief des Reichsministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Aachen bezüglich der Annektierung des belgischen Gebiets samt Kartographie	572
Abbildung 22:	Ausgefülltes Exemplar der Erbringung des Nachweises arischer Abstammung	575
Abbildung 23:	Befürwortende Verfügung bedingter Strafaussetzung	581
Abbildung 24:	Mitteilung des ORA bezüglich der Terminierung des Verfahrens des außerordentlichen Einspruchs vor dem Besonderen Senat beim RG	582
Abbildung 25:	Übertragung der Strafvollstreckungskompetenz des ORA an den LOStA	583
Abbildung 26:	Übersendung einer Urteilsausfertigung zum außerordentlichen Einspruch durch den ORA	584
Abbildung 27:	Gnadengesuch der Tochter des verurteilten Josef K.	587
Abbildung 28:	Karte zur Ermittlung der Beleuchtungsverhältnisse im Fall Hans K.	589
Abbildung 29:	Mitteilung des Nichtgebrauchs des Begnadigungsrechts durch den RMJ im Verfahren gegen Wilhelm M.	590
Abbildung 30:	Von der StA vorgegebener Text zur Veröffentlichung im Rahmen einer Pressenotiz nach der Vollstreckung eines Todesurteils	591
Abbildung 31:	Bekanntmachung über die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Raymond D.	592
Abbildung 32:	Presseartikel des Stern-Magazins vom 15.04.1987, Heft Nr. 17, Bl. 1–2	593

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADR	Akademie des Deutschen Rechts
AG	Amtsgericht
AGR	Amtsgerichtsrat
Anm.	Anmerkung
AV	Allgemeinverfügung
BArch	Bundesarchiv Berlin
BBG	Berufsbeamtengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BzR	Beiträge zur Rechtserneuerung
DAF	Deutsche Arbeiter Front
DBG	Deutsches Beamtengesetz
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStrR	Deutsches Strafrecht
DVerwBl	Deutsche Verwaltungsblätter
ebd.	ebenda
EK	Eisernes Kreuz
EStA	Erster Staatsanwalt
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv
Ger.	Gericht/Gerichte
Gestapo	Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
GS	Der Gerichtssaal
GStA	Generalstaatsanwalt/-schaft
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HG	Heimtückegesetz

HJ	Hitlerjugend
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
i. d. F.	in der Fassung
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
JAO	Juristenausbildungsordnung
JMBI.	Justizministerialblatt
JPA	Justizprüfungsamt
JuS	Juristische Schulung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KdF	Kanzlei des Führers
KGR	Kammergerichtsrat
KrWVO	Kriegswirtschaftsverordnung
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
LAV NRW R	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (Düsseldorf)
LG	Landgericht
LGD	Landgerichtsdirektor
LGP	Landgerichtspräsident
LGR	Landgerichtsrat
LMJ	Landesminister der Justiz NRW
LOStA	Leitender Oberstaatsanwalt
MinDir	Ministerialdirektor
MinRat	Ministerialrat
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OLGPräs.	Oberlandesgerichtspräsident
OLGR	Oberlandesgerichtsrat
ORA	Oberreichsanwalt
ORR	Oberregierungsrat

OStA	Oberstaatsanwalt
OT	Organisation Todt
o. V.	ohne Vornamen (Vorname nicht angegeben)
OVG	Oberverwaltungsgericht
Pg.	Parteigenosse
PrJM	Preußischer Justizminister
PrJMBl.	Preußisches Justizministerialblatt
RA	Rechtsanwalt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RBG	Reichsbürgergesetz
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RdErl.	Runderlass
RegPräs.	Regierungspräsident
Rep.	Repositur
rev.	reverso
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RJM	Reichsjustizministerium
RKB	Reichskolonialbund
RLB	Reichsluftschutzbund
RM	Reichsmark
RMBL.	Reichministerialblatt
RMI	Reichminister des Innern
RMJ	Reichsminister der Justiz
RPAPräs.	Reichspatentamtspräsident
RR	Regierungsrat
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RuPrJM	Reichs- und Preußischer Justizminister
RuPrMdI	Reichs- und Preußischer Minister des Innern
RuPrMdJ	Reichs- und Preußischer Minister der Justiz
RV	Rundverfügung
RVerwBl.	Reichsverwaltungsblatt
RVK	Reichsverteidigungskommissar
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SG	Sondergericht
Sign.	Signatur

SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
StA	Staatsanwalt
StdF	Stellvertreter des Führers
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StS	Staatssekretär
StVO	Strafvollstreckungsordnung
UStS	Unterstaatssekretär
VDA	Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland
Verw.	Verwaltung
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VGH	Volksgerichtshof
VO	Verordnung
VVO	Volksschädlingsverordnung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAGV	Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins
ZAkDr	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZSW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Zu den übrigen verwendeten Abkürzungen sei verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache.

Zur Zitierweise:

Die Verfahrens- und Personalakten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf sowie des Bundesarchivs Berlin gliedern sich in Bestände, Aktensignaturen und Blattzahlen, sodass bei der Zitierweise diese Merkmale in entsprechender Chronologie zitiert wurden, exemplarisch:

- LAV NRW R, Ger. Rep. 270, Akte 231, Bl. 9.
- BArch, R 3001, Nr. 72951, Bl. 2.

Bei Akten, die keine fortlaufende Nummerierung aufweisen, wurde die Blattzahl jeweils mit dem Vermerk „nicht angegeben“ versehen.

Wörtliche Zitate wurden bei entsprechender Notwendigkeit an die aktuelle Rechtschreibung angepasst.

A. Einleitung

Nach über 80 Jahren, die seit dem Zeitpunkt der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 21. März 1933 vergangen sind, ist das interdisziplinäre Forschungsinteresse am zwölfjährigen Existenzzeitraum des Dritten Reiches trotz – oder gerade aufgrund – verheerender politischer, gesellschaftlicher und nicht zuletzt juristischer Entwicklungen ungebrochen¹. Die Bestrebungen wissenschaftlicher Untersuchungen reichen dabei vom Bereich allgemeiner Justizgeschichte bis hin zu einzelnen Gerichtszweigen, Institutionen, Biographien und Prozessorganen. Die Staatsanwaltschaft spielt als ein solches Prozessorgan im Rahmen nationalsozialistischer Strafjustizgeschichte eine tragende Rolle im zeitgenössischen Strafverfahren, da sie als „unmittelbares Organ der politischen Führung“² angesehen wurde und über sie die Interessen der damaligen Machthaber in den Strafprozess eingebracht werden sollten³. So wurde die Staatsanwaltschaft zur „gegebenen Lenkungsbehörde“⁴ auserkoren⁴. Auf diese Weise konnte das Regime formal am Prinzip richterlicher Unabhängigkeit festhalten und den Schein äußerer Legitimität wahren. Trotz der Funktion der Staatsanwaltschaft als „Nadelöhr“ für die Machthaber, politische Interessen in den Strafprozess einfließen zu lassen, finden sich bis heute allenfalls vereinzelt Forschungen, die den Untersuchungsschwerpunkt auf die Institution „Staatsanwaltschaft“ legen⁵. Soweit dies der Fall ist, handelt es sich um abstrakte, verallgemeinernde Darstellungen, deren Anknüpfungspunkt die einschlägige gesetzliche Entwicklung ist⁶. Untersuchungen zu einer konkreten Anklagebehörde existieren demgegenüber bislang noch nicht, was vor dem Hintergrund eines enormen Anstiegs von Lokalstudien etwa zu einzelnen Sondergerichten, die zunehmend mit der Aburteilung politischer Straftaten betraut wurden, überraschend ist. Eine Analyse, inwieweit politische Einflüsse durch die Staatsanwaltschaft gerade vor dem Sondergericht Einzug hielten, bietet sich an, da ein Großteil

¹ Siehe hierzu die Systematische Übersicht bei Rüping, Bibliographie zum Strafrecht im Nationalsozialismus, S. 7.

² Dahm, Der Staatsanwalt, in: DStrR 1935, S. 264.

³ Schumacher, Staatsanwaltschaft, S. 58.

⁴ Rüping/Jerouschek, Strafrechtsgeschichte, S. 126.

⁵ So etwa Schumacher, Staatsanwaltschaft; Schumacher, Kontinuität; Rüping, Provinzialjustizverwaltung.

⁶ Auf den aktuellen Forschungsstand wird im Folgenden eingegangen, siehe unten, S. 34.

strafprozessualer und materieller Novellierungen zugunsten der Anklagebehörde⁷ auf dem Gebiet der Sondergerichtsbarkeit erlassen wurde und teilweise ausschließlich für diesen Gerichtszweig galt⁸. Das Erfordernis einer solchen Untersuchung ergibt sich aus der Erwägung, dass die Normierung von Lenkungsmechanismen und die Feststellung einer politischen Lenkungsintention durch die Obrigkeit allein nicht geeignet sind, verlässliche Auskunft darüber zu geben, ob und wieweit diese Lenkung an der „Basis“ tatsächlich angenommen und umgesetzt wurde⁹. Der Standort Aachen bietet sich für eine nähere Betrachtung an, weil zum Sondergericht Aachen anders als zu anderen Sondergerichten des seinerzeitigen Gaues Rheinland bislang keine zusammenhängenden empirischen Auswertungen vorliegen¹⁰. Zudem wurde das Sondergericht im Februar 1941 errichtet¹¹, zu einem Zeitpunkt,

⁷ Innerhalb der Verfahrensnovellierungen zur Sondergerichtsbarkeit wird neben dem Begriff der „Staatsanwaltschaft“ auch der Terminus „Anklagebehörde“ verwendet. Dieser Begriff ist in personeller Hinsicht deckungsgleich mit dem Begriff der Staatsanwaltschaft, wie § 5 SondergerichtsVO zeigt (RGBl. 1933 I, S. 136): „Die Vertreter der Anklagebehörde werden von der Justizverwaltung aus der Zahl der zum Richteramt befähigten Beamten der Staatsanwaltschaft berufen.“ Auch § 12 „Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften“ (RGBl. 1940 I, S. 406) zeigt, dass Anklagebehörde vor dem Sondergericht die Staatsanwaltschaft ist: „Anklagebehörde ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, in dessen Bezirk das Sondergericht seinen Sitz hat.“ Einziger Unterschied zwischen beiden Begrifflichkeiten besteht in sachlicher Hinsicht insoweit, als der Staatsanwaltschaft als leitende Anklagebehörde *im Sondergerichtsverfahren* teilweise zusätzliche Kompetenzen zukamen, welche die Staatsanwaltschaft im ordentlichen Strafverfahren nicht inne hatte. Hierzu im Einzelnen unten. Im Übrigen wird die Anklagebehörde vor dem Sondergericht aber auch als Staatsanwaltschaft bezeichnet, wie Artikel IV, V Abs. 1 „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Gebieten“ (RGBl. 1941 I, S. 759) zeigt. „Der Staatsanwalt verfolgt Straftaten von Polen und Juden (...). Abgeurteilt werden Polen und Juden von dem Sondergericht oder dem Amtsrichter.“

⁸ Auf die einzelnen Gesetzesnovellierungen wird nachfolgend vertieft eingegangen werden.

⁹ Der Begriff „Basis“ soll hier verwendet werden als Synonym für die Staatsanwaltschaften in den jeweiligen Landgerichtsbezirken.

¹⁰ Publikationen zu Sondergerichten im Gebiet des damaligen Gaues Rheinland existieren für die Standorte Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal und Koblenz. Zur Rechtsprechungspraxis des Sondergerichts Köln findet sich ein wissenschaftlicher Aufsatz, siehe im Einzelnen unten. Zur mangelnden zusammenhängenden Auswertung der Daten zum Sondergericht Aachen konstatiert auch Birmanns, dass die Akten zum Sondergericht Aachen noch nicht untersucht worden sei, obwohl „die Aktenlage im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und im Bundesarchiv in Berlin nunmehr eine gründliche Aufarbeitung möglich machen dürfte“, Birmanns, Aachener Justiz, S. 229.

¹¹ AV vom 10.2.1941, DJ 1941, S. 223; siehe auch LAV NRW R, Ger. Rep. 270, Akte 231, Bl. 21.

an dem sich das staatsanwaltschaftliche Tätigkeitsfeld auf das sogenannte „Kriegsstrafrecht“ erstreckte¹².

I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung

Die Untersuchung verfolgt das Ziel, die Bedeutung und Tätigkeitspraxis der Staatsanwaltschaft Aachen unter dem Gesichtspunkt einer politischen Instrumentalisierung abschließend inhaltlich und empirisch auszuwerten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Institution Staatsanwaltschaft in den Kontext des nationalsozialistischen Justizverwaltungsgefüges eingebettet, die lokale Tätigkeitspraxis beleuchtet und in einen statistischen Kontext zur Rechtsprechung des Sondergerichts Aachen gesetzt. Die Staatsanwaltschaft bildet das zentrale Strukturelement der vorliegenden Untersuchung, sodass der Arbeit ein institutionengeschichtlicher Ansatz zugrunde liegt. Dabei besitzt das Vorhaben im Schwerpunkt rechtshistorischen Charakter mit Bezügen zum zeitgenössischen materiellen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Dominanz der Rechtsgeschichte gegenüber dem Strafrecht ergibt sich dabei aus der *ratio* des Vorhabens, die nicht etwa in der Erforschung oder Deutung strafrechtsdogmatischer Fragestellungen, sondern den Schwerpunkt auf Bedeutung, Wesen, Lenkung und Arbeitspraxis der Staatsanwaltschaft setzt. Gleichwohl ist eine vereinzelte dogmatische Auseinandersetzung mit spezifischen Straftatbeständen unerlässlich, um die Gesetzesanwendung der Anklagebehörde in einen entsprechenden Kontext zu betten. Im Übrigen lässt sich auch ein interdisziplinärer Charakter der Untersuchung nicht leugnen: Im Hinblick auf Instrumentalisierung und konkrete Lenkung werden insbesondere politische, gesellschaftliche und ideologische Faktoren eine wesentliche Rolle spielen, etwa bezüglich konkreter Einzelweisungen durch das RJM oder persönlicher Motivationen der Staatsanwälte. Im Rahmen der Analyse staatsanwaltschaftlicher Verfahrensakten ist die Arbeit geprägt von der Darstellung und Auswertung statistisch auswertbarer Informationen¹³. Insoweit wird ein quantitativer mit einem qualitativen Ansatz kombiniert, da die empirische Erhebung der Daten inhaltliche Rückschlüsse auf Lenkung und Arbeit der Staatsanwaltschaft zulässt.

¹² Freisler/Grau/Krug/Rietzsch, Deutsches Strafrecht, S. 6 f.

¹³ Die statistische Auswertung erfolgt mit Hilfe eines elektronischen Datenverarbeitungsprogramms.